

## ITALIEN

CAROLINE KANTER  
SILKE SCHMITT

6. September 2018

www.kas.de/italien

**(Kein) Wandel in Sicht?**

100 TAGE FÜNF-STERNE/LEGA-REGIERUNG

**Was hat die Fünf-Sterne/Lega-Regierung in den ersten 100 Tagen auf den Weg gebracht? Die großen Wahlversprechen der „Regierung des Wandels“ – das Bürger-einkommen (reddito di cittadinanza) und die Steuerreform (Flat-Tax) – sollen erst im Rahmen des Haushaltgesetzes 2019 im Herbst angegangen werden. Auch bei der Abschaffung der Rentenreform (Fornero) und der Besetzung wichtiger Positionen in Staatsunternehmen – z. B. die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt RAI – kommt die Regierung nicht voran.**

Die Frage, was die Regierung von Premierminister Giuseppe Conte seit dem 1. Juni 2018 auf den Weg gebracht hat, ist nicht leicht zu beantworten. Die ersten hundert Tage der Fünf-Sterne/Lega-Regierung zeichnen sich durch Symbolpolitik und lautstarke Rhetorik aus – das Land befindet sich weiterhin im Wahlkampfmodus.

**Stimmung im Land**

Die Regierung aus der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und Lega, die sich nach langer Hängepartie beim zweiten Anlauf auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag einigen konnte, schwor am 1. Juni 2018 ihren Amtseid. M5S war mit 32% stärkste politische Kraft; die Lega war mit gut 17% stärkste Partei im Mitte-Rechts-Bündnis.

Mittlerweile hat sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Koalition verschoben: jüngsten Umfragen zufolge liegt die Lega bei der Sonntagsfrage vorn: 32,2% der befragten Italiener würden der Lega und damit Vizepremier Matteo Salvini ihre Stimme geben. M5S verliert im Gegensatz zum Wahltag gut vier Prozentpunkte und liegt bei 28,3%. Die

stärkste Oppositionspartei Partito Democratico (PD) würden 17,7% der befragten Italiener wählen (Wahlergebnis 18,7%); Forza Italia ist abgerutscht auf 6,9% (Wahlergebnis 14%; Quelle: In Onda. La7 am 03.09.2018).

Demnach genießt die Regierung nach den ersten 100 Tagen das Vertrauen von nahezu zwei Dritteln der italienischen Wähler. Die Opposition hat sich von ihrer Wahlniederlage noch nicht erholt. Das ist zum einen dadurch bedingt, dass ein Richtungsstreit im sozialdemokratischen Lager ausgebrochen ist und derzeit unklar ist, welchen politischen Kurs und welche personelle Besetzung das „Mitte-Links-Lager“ anführen soll.

Forza Italia hat zunehmend mit Parteiflüchtigen zu kämpfen, die sich der Lega angeschlossen haben bzw. anschließen wollen. Silvio Berlusconi hat in dieser Woche seine engsten Mitarbeiter nach Arcore eingeladen, um an einer Strategie für die bevorstehenden Regionalwahlen in den Abruzzen und in Basilicata zu arbeiten. Er teilte mit, dass er Forza Italia – den jüngsten Umfragen zum Trotz – bei circa 15% mit Luft nach oben sehe. Die Mitglieder von Forza Italia rechnen durch das persönliche Engagement von Silvio Berlusconi mit einem Zuwachs von mindestens fünf Prozent.

Derzeit scheint allerdings Matteo Salvini der starke Mann im Mitte-Rechts-Lager zu sein und Forza Italia ist strategisch, inhaltlich und personell geschwächt. (Quelle: <https://www.liberoquotidiano.it/news/politica/13374166/silvio-berlusconi-vale-5-percento-forza-italia-fattore-personale-dato-tragico-arcore-sondaggi.html>. Stand 05.09.2018).

**ITALIEN**CAROLINE KANTER  
SILKE SCHMITT

6. September 2018

www.kas.de/italien

**Wenige konkrete Ergebnisse**

Rund 1800 Gesetzesvorschläge sind seit Beginn der Legislaturperiode in Senat (742) und Abgeordnetenversammlung (1049) eingebracht worden – das sind mehr als 13 Gesetzesvorschläge pro Tag. Es handelt sich um eine bunte Mischung von unterschiedlichen Themen: Von der Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren, der Einführung eines nationalen Feiertags am Fest des Heiligen Joseph (19. März) bis hin zur Zulassung der Euthanasie.

In Italien gilt nach wie vor der perfekte Bidualismus – Abgeordnetenversammlung und Senat stimmen gleichberechtigt über sämtliche Gesetzesvorhaben ab. Erst wenn ein Gesetz von beiden Kammern verabschiedet wurde, kann es nach Zustimmung des Staatspräsidenten in Kraft treten – das ist ein abstimmungs- und zeitintensiver Prozess. Die größte Aufmerksamkeit galt bislang den Gesetzen „Decreto Dignità“ (Würdedekret) und „Milleproroghe“ (Tausend Verlängerungen). Bei dem Dekret „Milleproroghe“ handelt es sich vorrangig um Maßnahmen, die sich auf bereits existierende Gesetze und Fristen der vorherigen Legislaturperiode beziehen, die die M5S/Lega-Regierung durchgewunken oder leicht verändert hat, um sich in einigen Politikbereichen Zeit zu verschaffen. (Quelle: <https://www.ilfattoquotidiano.it/2018/08/05/parlamento-in-5-mesi-depositate-gia-1800-proposte-di-legge-si-va-dalleutanasia-al-voto-per-i-16enni-sono-oltre-13-al-giorno/4539636/> Stand : 30.08.2018 ; <http://www.normattiva.it/>. Stand 30.08.2018).

**Würdedekret**

Bei dem Würdedekret (Decreto Dignità) handelt es sich um eine Art Arbeitsmarktreform, die vorrangig das Ziel verfolgt, prekäre Arbeitsverhältnisse zu beenden. Luigi Di Maio, Vizepremier, Arbeitsminister und Minister für wirtschaftliche Entwicklung hat diese Thematik bereits im Wahlkampf oben auf die Agenda gesetzt und sich seit seiner Amtsübernahme in erster Linie für die Verabschiedung dieses Dekretes eingesetzt. Bereits an seinem ersten Arbeitstag hatte Di

Maio eine Gruppe von „Ridern“ (Fahrradkuriere) in seinem Ministerium empfangen. Sie seien das Symbol einer Generation, die vom Staat im Stich gelassen wurde, so Di Maio. Im Bereich der „Gig economy“, wo kleine Arbeitsaufträge per Internet schnell an Freiberufler abgegeben werden, sind circa eine Million Arbeitnehmer tätig. Das Gesetz will u.a. die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitnehmer verbessern.

Das neu erlassene Würdedekret soll den Übergang aus befristeten zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen forcieren und erleichtern. Bei der Erneuerung eines befristeten Vertrages nach 12 Monaten ist nun eine Begründung notwendig. Außerdem darf das befristete Arbeitsverhältnis insgesamt nur 24 Monate dauern und muss danach entfristet werden. Im Falle einer Kündigung hat die Regierung die Abfindungen, die an den Arbeitnehmer gezahlt werden müssen, erhöht. Dadurch erhofft man sich eine Art finanzielle Abschreckung für den Arbeitgeber. Und: In einer Firma dürfen höchstens 30 Prozent der Verträge befristete Arbeitsverhältnisse sein. Auch im Bereich des Bildungswesens sieht das Würdedekret Änderungen vor.

Neben den Vertragsänderungen sanktioniert das Würdedekret außerdem vom Staat geförderte Firmen, die ihren Standort innerhalb der ersten fünf Jahre aus Italien ins Ausland verlegen. Verlegt ein Unternehmen seinen Standort ins EU-Ausland muss es die erhaltenen Fördermittel samt einer Strafe in Höhe von fünf Prozent zurückzahlen. Eine Verlagerung außerhalb der EU wird noch teurer für das Unternehmen. Neben diesen Aspekten sollen in Zukunft strengere Regeln bezüglich des Glücksspiels gelten, um vor allem Minderjährige zu schützen.

**Industrie- und Bankenverbände warnen vor Konsequenzen des Würdedekrets**

Mit Blick auf die Reformen des Arbeitsmarktes haben italienische Wirtschaftsvertreter äußerst kritisch auf das von der Regierung verabschiedete Würdedekret reagiert. Man sehe einen strategischen Fehler: Um mit prekären Arbeitsverhältnissen aufzuräumen, müsse man bei der Schwarzarbeit, den ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ITALIEN

CAROLINE KANTER  
SILKE SCHMITT

6. September 2018

[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

fälschten Steuernummern und den scheinbaren Part-time-Jobs ansetzen. Hingegen habe man die zeitlich befristeten Verträge reformiert und diese in der praktischen Umsetzung nicht auf 24 sondern auf 12 Monate reduziert, da die Begründung, die von Seiten des Arbeitgebers notwendig ist, nur in Ausnahmefällen gültig ist. Das bedeute jedoch nicht, dass der Vertrag danach auch entfristet wird. Hier befürchten Kritiker, dass man statt Beschäftigung Stillstand kreiert habe. Die Reform entspreche in keiner Weise den Bedürfnissen von Arbeitgebern, aber auch nicht Arbeitnehmern, da sie an der Wirklichkeit vorbeigingen. Es handle sich vielmehr um eine „klare ideologische Vision des Arbeitsmarktes, wie man sie von der extremen Linken aus den 70er Jahren kenne“. (Quelle: <https://www.ilfoglio.it/economia/2018/08/03/news/decreto-dignita-anatomia-di-un-intervento-sbagliato-e-dannoso-208538/>. Stand 03.09.2018).

Arbeitsminister Luigi Di Maio hat das Würdedekret mit den Worten angekündigt: „Krieg dem Prekariat. Wir entlassen den Jobs Act“. Genau hier sehen Kritiker das Problem. Wichtige Liberalisierungen und Vereinfachungen, die durch den von der Renzi-Regierung im Jahr 2014 verabschiedeten Jobs Act auf den Weg gebracht wurden, seien hinfällig bzw. rückgängig gemacht worden. Dies führe gerade in großen ausländischen Firmen zu Verunsicherung und kann zu negativen Folgen bei Auslandsinvestitionen führen.

Auch die Tatsache, dass Kündigungen in Zukunft teurer für den Arbeitgeber seien, führe nicht dazu, neue Arbeitskräfte einzustellen – im Gegenteil. Frankreich zum Beispiel habe die Abfindungen gekürzt, um zur Einstellung von Personal zu ermutigen, so der ehemalige Arbeitsminister Maurizio Sacconi. Das Würdedekret wende „alte Rezepte an, die zwanzig oder dreißig Jahre alt seien“ – Neues sehe er an dieser Stelle nicht. (Quelle: <https://www.ilfoglio.it/economia/2018/07/06/news/perche-il-decreto-dignita-e-undejavu-204192/>. Stand 02.09.2018).

### Abschaffung „Vitalizi“

Mit der Abschaffung der „Vitalizi“, der hohen Rentenansprüche für Parlamentarier, hat die Fünf-Sterne-Bewegung ein Wahlversprechen eingelöst. Rund 40 Millionen Euro soll der italienische Staat auf diese Weise jährlich sparen, wenn die lebenslangen Zahlungen an ehemalige Parlamentarier ab Januar 2019 zwischen 20 und 80 Prozent gekürzt werden sollen. Nach Angaben von Experten kosten die Rentenzahlungen an ehemalige Parlamentarier den Staat rund 236 Millionen Euro im Jahr. Im Schnitt bekommen Ex-Parlamentarier in Italien eine Rente von circa 14.000 Euro pro Monat.

Die M5S hat die Abschaffung der „Vitalizi“ als großen Erfolg verbucht. Vor der Abgeordnetenversammlung feierten die Spitzen der Bewegung gemeinsam mit ihren Anhängern die „Abschaffung des alten Systems“. Man kann jedoch darüber diskutieren, ob der Erfolg wirklich so groß ist, wie er kommuniziert wurde. Einsparungen von circa 40 Millionen Euro werden bei einer Finanzierungslücke von circa 20 Milliarden im Haushalt 2019 keine signifikante Auswirkung haben. (Quelle: <http://www.polisblog.it/post/395788/leggedi-bilancio-2019-governo-conte>. Stand 02.09.2018).

Hinzu kommt, dass die Änderung bislang nur für die Abgeordnetenversammlung gilt. Im Senat möchte die Präsidentin Elisabetta Casellati (FI) diese interne Regelung (kein Gesetz!), die in der Abgeordnetenversammlung verabschiedet wurde, zunächst prüfen: Sie befürwortete durchaus die Abschaffung der „goldenen Renten“ – allerdings wolle sie von vorneherein der Gefahr ausweichen, dass der Senat von juristischen Klagen überflutet werde. Da die Reform bereits erworbene Rechte der Parlamentarier zurücknimmt, sind Klagen von Seiten der Parlamentarier vorprogrammiert. Casellati hingegen sieht vor, die Rentenansprüche u.a. an die Produktivität der Senatoren zu knüpfen. Allerdings hegt sie Zweifel, dass die Reform rückwirkend auf ehemalige Senatoren überhaupt anwendbar sei. (Quelle: <https://www.studiocataldi.it/articoli/31659-taglio-vitalizi-al-senato-serve-un-piano.asp>. Stand 02.09.2018).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ITALIEN

CAROLINE KANTER

SILKE SCHMITT

6. September 2018

[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

### Kritik und Diffamierung des „alten Systems“ – Repräsentative Demokratie wird in Frage gestellt

Die Regierung setzte in den vergangenen 100 Tagen hauptsächlich auf Symbolpolitik, die durch starke Rhetorik wie Drohungen, Druck und der Suche nach einem Schuldigen gekennzeichnet war. „Wer sich irrt muss zahlen“ – so die Marschrichtung, die vor allem Innenminister Matteo Salvini vorgibt. Mit dieser Null-Toleranz-Politik traf der Innenminister in vielen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung.

Bei dem Brückenunglück in Genua forderte Salvini den „Namen und Nachnamen“ der Schuldigen zu benennen. Stiller wurde er erst, als herauskam, dass auch er 2008 in der Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi als Abgeordneter für das Dekret „Salva Benetton“ stimmte, das privilegierte Konzessionen für die italienischen Autobahnenbetreiber bewilligte.

Das Thema Genua hat innerhalb der Koalition zu Unstimmigkeiten geführt, da M5S eine umgehende Verstaatlichung der Autobahnen fordert und die Verantwortung aus privater in die staatliche Hand zurückgeben möchte. Die Lega hingegen hat u.a. in der Lombardei und in Veneto gute Erfahrung mit privaten Investoren gemacht und lehnt eine Verstaatlichung im Grunde ab.

Ministerpräsident Giuseppe Conte setzte sich im Falle Genuas kurzerhand über die Gewaltenteilung hinweg und zeigte mit dem Finger auf einen vermeintlich Schuldigen, bevor die Ermittlungen zum Abschluss gekommen sind. In der von der Regierung betriebenen „Null-Toleranz-Politik“ kündigt die Regierung schwere Strafen an, für die in einem Rechtsstaat normalerweise die Justiz zuständig ist.

Obwohl einige Angehörige der Opfer ein Staatsbegräbnis im Vorfeld abgelehnt hatten, schien das „Krisenmanagement“ der Regierung insgesamt in Genua auf Zustimmung zu stoßen. Bei der Beerdigung wurden Regierungsvertreter mit langanhaltendem Applaus von der Menge empfangen. Absolut unpassend für Ort und Anlass, ent-

stand eine Atmosphäre wie im Wahlkampf mit Wählerkontakt, Tränen und Selfie.

Vertreter der PD, u.a. der Generalsekretär Maurizio Martina und Verteidigungsministerin Roberta Pinotti, mussten – so Medienberichte – Pfiffe und Buhrufe der Bevölkerung aushalten, die ihrem Frust freien Lauf ließen. Salvini und Di Maio hatten die Vorgängerregierung nach dem Brückeneinsturz angegriffen und für ihr Management scharf kritisiert.

### Fehlender Respekt vor politischen Institutionen und politischen Ämtern

Bereits im Kontext der Regierungsbildung machte M5S durch den fehlenden Respekt am politischen System und seinen Institutionen auf sich aufmerksam. Nachdem die Regierungsbildung aufgrund der Ablehnung von Paolo Savona als Finanzminister durch Sergio Mattarella gescheitert war, forderte Luigi Di Maio die Amtsenthebung von Staatspräsident Mattarella. Dies war eine unbegründete und maßlose Forderung. Ein „Impeachment“-Verfahren, also eine Amtsenthebung des Präsidenten, ist nach Artikel 90 der italienischen Verfassung nur wegen Volksverrats oder eines „Attentats auf die Verfassung“ möglich.

Auch Staatssekretär im Ministerrat, Giancarlo Giorgetti, rechte Hand Matteo Salvinis, stellt die repräsentative Demokratie in Frage. Bei dem „Meeting in Rimini“, organisiert von der katholischen Laienbewegung Comunione e Liberazione sagte er, das Parlament zähle nichts mehr, da es von den Bürgern und Wählern nicht gehört werde. Für sie gelte es nur als Ort der Politik, die nichts erreicht. „Wenn wir weiter das Parlament wie einen Fetisch verteidigen, schaden wir der Demokratie“, so Giorgetti (Quelle: [http://stream24.ilsole24ore.com/video/notizie/giorgetti-meeting-rimini-parlamento-non-conta-piu-nulla/AEfHn5cF?refresh\\_ce=1](http://stream24.ilsole24ore.com/video/notizie/giorgetti-meeting-rimini-parlamento-non-conta-piu-nulla/AEfHn5cF?refresh_ce=1). Stand 05.09.2018).

Damit teilt er die Ansichten von Davide Casaleggio, Drahtzieher der M5S und Gründer der Internet-Plattform Rousseau, die den internen Abstimmungen der Fünf-Sterne-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ITALIEN

CAROLINE KANTER  
SILKE SCHMITT

6. September 2018

[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

Bewegung dient: „Dank des Internets und neuen Technologien existieren Instrumente der Partizipation, die auf alle Fälle demokratischer und effizienter sind mit Blick auf die repräsentative Bürgerbeteiligung als jedes andere Regierungsmodell des 20. Jahrhunderts. Die Überwindung der repräsentativen Demokratie ist unausweichlich“ (Quelle: [https://www.corriere.it/politica/18\\_luglio\\_23/casaleggio-il-parlamento-futuro-forse-non-sara-piu-necessario-25229538-8e45-11e8-a00a-fdaee410bf0b.shtml?refresh\\_cecp](https://www.corriere.it/politica/18_luglio_23/casaleggio-il-parlamento-futuro-forse-non-sara-piu-necessario-25229538-8e45-11e8-a00a-fdaee410bf0b.shtml?refresh_cecp). Stand 5.09.2018).

### Matteo Salvini omnipräsent

In diesen 100 Tagen hat sich gezeigt, dass Matteo Salvini die politische Bühne vollkommen dominiert. Er ist auf allen Kanälen präsent und stets im Wahlkampfmodus. Drei Millionen Menschen folgen mittlerweile seinen Hinweisen auf Facebook. Zum Vergleich: Vizepräsident Luigi Di Maio von der Fünf-Sterne-Bewegung kann auf zwei Millionen Follower zählen; Matteo Renzi, der ebenfalls zu Hochzeiten medial sehr präsent war, folgen 1,1 Millionen Menschen in den Sozialen Medien.

Nach der Sommerpause eröffnete er als Vizepremierminister die erste Sitzung des Ministerrats. Conte und Di Maio waren abwesend. Salvini demonstrierte medienwirksam die Stärke seiner Partei und übte sich in der Rolle des Premierministers.

In den vergangenen 100 Tagen hat Matteo Salvini viele ausländische Gäste empfangen, u.a. den ehemaligen Premierminister des Vereinigten Königreiches, Tony Blair, und den amtierenden Ministerpräsidenten Ungarns, Viktor Orban. In den kommenden Monaten reist er Medienberichten zufolge nach Russland, Israel und in diverse nordafrikanische Länder. Es hat den Anschein, als wolle sich Matteo Salvini bereits für das Amt des Premierministers warmlaufen.

### Instrumentalisierung und Konfrontationskurs mit EU-Partnern beim Thema Migration

Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist bereits 2017 aufgrund des Handelns der

Gentiloni-Regierung zurückgegangen (2016: rund 120.500 Anlandungen; 2017: 99.900). Die von dem damaligen Innenminister Minniti getroffenen Absprachen mit Libyen haben im ersten Halbjahr 2018 Wirkung gezeigt und dafür gesorgt, dass die Zahl der Anlandungen 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 87 Prozent gesunken ist: bis zum 3. September 2018 sind rund 20.000 Bootsflüchtlinge in Italien angekommen. Von einer Notsituation kann also mit Blick auf die Zahlen keine Rede mehr sein.

Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch eine jüngst veröffentlichte Studie des Instituts Cattanea zum Thema „Immigration in Italien. Zwischen Realität und Perzeption“. Die Zahl der Immigranten aus Nicht-EU-Ländern in Italien liegt bei sieben Prozent. Rund 70% der Italiener glauben jedoch, es seien viermal so viele. Im europäischen Vergleich liegt Italien bezüglich dieses Wahrnehmungsfehlers vorn – gefolgt von Spanien, Portugal und Großbritannien. (Quelle: [https://www.corriere.it/politica/18\\_agosto\\_28/gli-immigrati-oltre-70percento-italiani-pensa-che-siano-4-volte-piu-a6e498e6-aa38-11e8-bb57-056c6010fdbf.shtml](https://www.corriere.it/politica/18_agosto_28/gli-immigrati-oltre-70percento-italiani-pensa-che-siano-4-volte-piu-a6e498e6-aa38-11e8-bb57-056c6010fdbf.shtml). Stand 02.09.2018).

Matteo Salvini nutzt dieses Phänomen und stärkt es. Seine Facebook-Seite spiegelt dies deutlich wider: Videos von sich streitenden Ausländern; Nachrichten über Migranten, die bei einer Schlägerei in Pisa per Videokamera identifiziert werden und umgehend ausgewiesen werden konnten – ebenso wie Jihadisten und Drogendealer ausländischer Herkunft – damit heizt Salvini die Stimmung gegen Migranten an und inszeniert sich als durchsetzungs- und handlungsfähig.

Mit Blick auf die Migrationsfrage und die ankommenden Bootsflüchtlinge in Italien will Matteo Salvini eine Lösung von der Europäischen Union erzwingen, indem er die europäischen Partner unter Druck setzt. Mehrmals hat er ankommenden Flüchtlingsbooten einen sicheren Hafen in Italien verwehrt – zuletzt der „Diciotti“, einem Schiff der eigenen – der italienischen - Küstenwache, das 190 Flüchtlinge von einem Boot in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ITALIEN

CAROLINE KANTER  
SILKE SCHMITT

6. September 2018

[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

Such- und Rettungszone Maltas aufgenommen hatte.

Auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa durften 13 Menschen das Boot verlassen, da sie dringende medizinische Hilfe benötigten. Die übrigen Personen wollte Salvini zurück nach Malta bringen. Doch die maltesischen Behörden verweigerten die Erlaubnis. Salvini kündigte an, sollte die EU keine Lösung bezüglich der Verteilung von Flüchtlingen finden, sähe man sich gezwungen, die Flüchtlinge zurück nach Libyen zu bringen. Durch einen solchen Schritt würde Italien Rechtsbruch begehen: In der EU und den Vereinten Nationen ist die Rückführung von Menschen in ein Land, in dem ihnen Missbrauch oder Folter droht nicht legal. Libyen wird zu solchen Ländern gerechnet.

Nach dem gescheiterten Treffen von zwölf EU-Staaten in Brüssel über eine mögliche Verteilung der Flüchtlinge, drohten die beiden Vizeminister Matteo Salvini und Luigi Di Maio, Italien werde die EU-Beitrittszahlungen einstellen. Auch Ministerpräsident Conte sprach von „Konsequenzen“, die Italien aus dem gescheiterten Treffen ziehen werde. Der parteilose Außenminister, Enzo Moavero Milanesi, versuchte die europäischen Partner zu beruhigen und erinnerte an die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, den Beitrittszahlungen nachzukommen.

Die italienische Justiz hat nun ein Ermittlungsverfahren gegen Salvini eingeleitet wegen Verdacht des Machtmissbrauchs, der Freiheitsberaubung und der illegalen Festnahme. Italienischen Medien zufolge riskiert Salvini eine dreißigjährige Haftstrafe. Der italienische Innenminister scheint jedoch gelassen. Er habe nur seinen „Job gemacht“ und die Sicherheit des Landes verteidigt, so Salvini. Dem sizilianischen Staatsanwalt, der gegen ihn ermittelt ließ er wissen: „Sollte ein weiteres Schiff in einen italienischen Hafen einfahren, werde ich genau das gleiche tun, was ich bereits in diesem Sommer getan habe. Nicht mehr und nicht weniger“ (Quelle:

<http://www.ilsussidiario.net/News/Politica/2018/9/2/Salvini-indagato-rischia-30-anni-di-carcere-Ultime-notizie-Diciotti-sequestro->

[per-coartazione-dubbi-dai-pm/837209/](http://per-coartazione-dubbi-dai-pm/837209/). Stand 02.09.2018).

Salvini kann mit dieser scharfen Rhetorik bei den italienischen Wählern punkten. Die Unterstützung Salvinis hat nicht nur bei Lega-Anhängern seit Übernahme der Regierungsgeschäfte zugenommen. Ganz besonders bei Anhängern der M5S, aber auch bei allen anderen Parteien hat Salvini an Zustimmung gewonnen – man hat den Eindruck als wünschen sich die italienischen Wähler einen starken und durchsetzungsfähigen „Leader“. In der Gruppe der Befragten, die sich dem katholischen Glauben verpflichtet fühlen, sieht sich eine Vielzahl von Salvinis Aussagen in der Migrationsfrage angesprochen. Und 31% der Befragten gaben bei der Sonntagsfrage an, sie würden Lega wählen – 2013 waren es nur 4%. 26% entscheiden sich für die Fünf-Sterne-Bewegung (2013: 20 Prozent). Nur noch 11% fühlen sich der Forza Italia verpflichtet (2013: 33%) und 19% der sozialdemokratischen PD (2013: 29%) (Analisi Politica: Sull'elettorato cattolico e i temi etici. Veröffentlicht am 24.08.2018. Presidenza del Consiglio dei Ministri. Dipartimento per l'informazione e l'editoria).

Die italienische Bischofskonferenz hingegen hat die Politik Salvinis in den vergangenen 100 Tagen mehrfach kritisiert. Der Vorsitzende, Kardinal Gualtiero Bassetti, engagierte sich u.a. im Rahmen eines Abendgebetes „Aus Sorge um Italien“, organisiert von der italienischen Laienbewegung Sant'Egidio. Auch mit Blick auf die Haltung der Regierung im Fall „Diciotti“ sparte die Bischofskonferenz nicht mit Kritik. Hier würde Politik auf dem Rücken der Armen betrieben, hieß es. Die italienische Kirche erklärte sich bereit, die Kosten für 100 Migranten zu übernehmen. Irland und Albanien nahmen weitere Flüchtlinge der „Diciotti“ auf.

### Außenpolitik: Fokus – Libyen

Bereits drei Minister haben in den ersten 100 Tagen Libyen aufgesucht: Innenminister Matteo Salvini, Außenminister Enzo

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ITALIEN

CAROLINE KANTER  
SILKE SCHMITT

6. September 2018

[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

Moavero Milanese und Verteidigungsministerin Elisabetta Trenta. Letztere sagte im Anschluss an ihre Reise, man versuche einen „integrativen Ansatz“ zu finden. Daher habe sie die Absicht, auch General Haftar zu treffen, Führer der Libyschen Nationalen Armee (LNA), die sich neben Überbleibseln des Gaddafi-Militärs aus Stammesmilizen Ost- und Südlibyens sowie salafistischen Kampfgruppen zusammensetzt. Alle Beteiligten müssten in einen solchen Prozess einbezogen werden, so Trenta Ende Juli (Quelle: <http://formiche.net/2018/07/libia-governo-difesa-trenta/>. Stand 02.09.2018). Nur so, könne man Libyen stabilisieren und die illegale Einwanderung bekämpfen.

Aufgrund der jüngsten Kämpfe in Libyen bangt Italien nun um die bereits von der Vorgängerregierung getroffenen Vereinbarungen mit libyschen Kräften, die erfolgreich für einen starken Rückgang der Migration über das Mittelmeer führten.

Nach der ausgerufenen Waffenruhe hat Außenminister Moavero Milanese umgehend die italienische Unterstützung von Ministerpräsident Fayed al-Sarraj unterstrichen. Eine militärische Unterstützung Italiens wurde in den vergangenen Tagen jedoch ausgeschlossen. Außerdem verwies Moavero Milanese auf ein „Joint Statement“ zwischen Italien, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten – eine Initiative, die die italienische Regierung angestoßen hat. Gemeinsam lancieren die genannten Staaten einen Appell an alle Beteiligten, die Waffenruhe zu respektieren und Versöhnung und Erholung durch einen politischen Prozess des Friedens unter libyscher Führung anzustoßen.

Premierminister Giuseppe Conte hat ad hoc ein Ministertreffen mit Salvini, Moavero Milanese und Trenta einberufen, um auf mögliche zunehmende Anlandungen von Flüchtlingen über das Mittelmeer zu reagieren und die Rolle Italiens als Mediator in Libyen zu definieren. Im November plant die Regierung des Weiteren eine Konferenz zum Thema Libyen, die voraussichtlich in Sizilien stattfinden wird.

Im Rahmen der Reise von Ministerpräsident Giuseppe Conte in die Vereinigten Staaten kam es beim Thema Libyen zum Schulterchluss mit den USA. Trump sagte Italien seine Unterstützung bei der Stabilisierung Libyens zu.

## Fazit

In 100 Tagen Regierungszeit blieb der „große Wurf“ bislang aus. Die Koalition ist in den Umfragen nach wie vor stark und genießt heute mehr Zustimmung, als am Wahltag. Allerdings hat sich das Kräfteverhältnis innerhalb des Bündnisses verschoben: Matteo Salvini konnte seine Zustimmung im Volk weiter ausbauen und wird als heimlicher Schattenpremier gefeiert.

Die Lega dominiert eindeutig die öffentliche Debatte. Luigi Di Maio versucht immer wieder Aufmerksamkeit auf sich und die Bewegung zu lenken, u.a. indem er lange Interviews gibt. Es gelingt ihm jedoch nicht, Themen zu setzen.

Premierminister Giuseppe Conte bewegt sich eher im Hintergrund, als dass er die Regierungsgeschäfte leitet und Akzente setzt. Der „Anwalt des Volkes“ brachte u.a. aus den Vereinigten Staaten schöne Bilder mit nach Italien. Trump bezeichnete ihn als „neuen Freund“. Conte sagte über den amerikanischen Präsidenten, er sei ein „Außen-seiter“ wie er. Gemeinsam wolle man sich für die Stabilisierung des Mittelmeerraumes und gegen Terrorismus engagieren. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die außenpolitische Strategie Italiens verändern wird.

Die Anti-System-Regierung versucht sich standhaft dagegen zu wehren, Teil des Systems zu werden. Dies lässt sich an der Debatte über die Demokratie und die scharfe Kritik an den bestehenden Institutionen ablesen. Auch die Kompetenzbereiche der Regierung scheinen den einzelnen Regierungsvertretern nicht immer klar zu sein.

Bei wichtigen Fragen, wie etwa die Beibehaltung oder die Abschaffung der Impfpflicht, sind keine klaren Positionierungen und keine Strategien erkennbar. Hier hat

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ITALIEN

CAROLINE KANTER

SILKE SCHMITT

6. September 2018

[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

die Regierung in den vergangenen 100 Tagen nach mehrmaligen Kurswechseln letztlich doch die Linie der Vorgängerregierung beibehalten. Die Arbeit an Themen, die im Wahlkampf, aber auch im Koalitionsvertrag als zentral bezeichnet werden, blieb bislang aus. Das lässt sich u.a. an der Rentenreform (Legge Fornero) ablesen. Hier wollte man u.a. das Renteneintrittsalter, das derzeit bei 67 Jahren liegt, herabsetzen. Auch diese Entscheidung hat die Regierung aufgeschoben.

Die Opposition hat sich von dem Wahldebakel noch nicht erholt und ist außerordentlich schwach. Es gelingt ihr nicht, den Drohungen und scharfen Äußerungen Salvinis einen faktenbasierten Diskurs entgegen zu stellen und eigene Themen zu setzen.

Regionalwahlen stehen im Herbst in den Abruzzen und in Basilicata an. Hier stellt sich die Frage, ob das Mitte-Rechts-Bündnis wieder als Trio – Forza Italia, Fratelli d'Italia und Lega – antreten wird.

Ein wichtiger Prüfstein für die Regierung wird die Verabschiedung des Haushalts 2019 im September sein. Hier ist unklar, wie die Regierung die Finanzierungslücke von mindestens 20 Milliarden schließen will, ohne das Staatsdefizit weiter auszubauen, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen und die teuren Wahlversprechen wie Bürgereinkommen und „Flat Tax“ zu verwirklichen.

Im Oktober soll der Haushalt der Europäischen Kommission zur Prüfung vorgelegt werden. Ob es zu einer Einigung oder zu einer Konfrontation kommen wird, werden die kommenden Wochen zeigen. Staatspräsident Sergio Mattarella wird vermutlich an Italiens Verantwortung und seine Rolle in der Europäischen Union appellieren.

Der Druck, der auf der Regierung liegt, ist groß. M5S und Lega müssen jetzt liefern. Noch sitzt die Regierung fest im Sattel – die Zustimmung in der Bevölkerung steigt. Das liegt vor allem daran, dass die Opposition schwach und unsichtbar ist. Matteo Salvini hat es geschafft, aus der regional verankerten Partei Lega Nord eine nationale Kraft – die Lega – zu etablieren. Nun will er sie mit

Gleichgesinnten zu einer europäischen bzw. internationalen Größe heranwachsen lassen. Das sollte vor allem die traditionellen Parteien aufhorchen lassen und sie zum Handeln animieren. Die Angst vor den Europawahlen im Mai 2019 nimmt zu.